Kritik an AfD-Debatte um Verbot von Moscheen „Gezielte Stimmungsmache“

4. April 2016

Aus den Reihen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) gibt es die Forderung, Bau und Betrieb von Moscheen zu verbieten. Kritik daran kommt von der Christlich-islamischen Begegnungs- und Dokumentationsstelle der Deutschen Bischofskonferenz.

domradio.de: Religionsfreiheit ist ein hohes Gut, das gerade von den Kirchen immer wieder hochgehalten wird. Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Forderungen aus der AfD?

Timo Güzelmansur (Geschäftsführer der Christlich-Islamischen Begegnungs- und Dokumentationsstelle der Deutschen Bischofskonferenz): Religionsfreiheit ist ein Grundrecht und im Grundgesetz verankert. Die Anforderung der AfD stammt aus einem Papier aus Niederbayern. Es handelt sich dabei wohl noch um einen Entwurf, der allerdings nicht die Unterstützung des Parteivorstands von Bayern hat. Meines Erachtens ist das eine gezielte Stimmungsmache. Aber wir sollten nicht auf diesen Zug aufspringen, sondern ruhig abwarten, ob diese Forderungen tatsächlich in ein Parteiprogramm hineinkommen oder vielleicht einfach parteiinterne Auseinandersetzungen sind.

domradio.de: Das Argument, Christen hätten es in muslimischen Ländern nicht leicht, ist ja nicht von der Hand zu weisen. So hat die türkische Regierung z.B. alle Kirchen in der historischen Altstadt von Diyarbakir in Südostanatolien verstaatlicht. Wobei das noch eines der harmloseren Beispiele ist. Welche Antworten sollten wir als Christen darauf geben?

Güzelmansur: Die türkische Regierung hat seit einigen Jahren immer wieder kirchliche Gebäude konfisziert und entweder in Museen oder Moscheen umgewandelt. Zwei Beispiele sind etwa die Hagia Sofia in Trapzon und die in İznik, also Nicäa. Die Hagia Sofia in İznik ist für die Kirchengeschichte symbolträchtig, weil das große Glaubensbekenntnis der Christen an diesem Ort definiert wurde. Es ist für uns Christen schmerzhaft zu sehen, dass in mehrheitlich islamischen Ländern unseren Glaubensgeschwistern nicht die volle Religionsfreiheit zugesprochen wird. Andererseits können wir für diesen Missstand nicht die Muslime in Deutschland haftbar machen. Deutschland ist ein Rechtsstaat und das Grundgesetz gilt für alle Bürger gleichermaßen. Die beste Antwort ist, dass wir uns an die Grundgesetze halten und ein friedliches Miteinander der Bürger fördern. Dadurch sagen wir „Ja“ zur Freiheit der Religion und „Nein“ zu einer Spaltung der Gesellschaft. Indem wir uns für die Rechte der Muslime in Deutschland einsetzen, fordern wir gleichzeitig, dass die religiösen Freiheitsrechte der Christen in den islamisch geprägten Ländern geachtet und geschützt werden. Die katholische Kirche bekennt sich zur Religionsfreiheit, das hat sie auch in einem Papier aus dem Jahr 2008 eindeutig niedergeschrieben. Darin ist auch festgehalten, dass sie auch große Moscheen in Deutschland befürwortet, wenn die sozialen, demografischen und städtebaulichen Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

domradio.de: Wie wird in der Türkei auf Kirchenschließungen reagiert?

Güzelmansur: Es gibt von gesellschaftlichen Akteuren Stimmen, die das Ganze kritisieren, aber die Regierung hat solche Proteste bis jetzt nie ernst genommen, sondern einfach weitergemacht. Es gab zum Beispiel zum Paulusjahr 2000 eine große Aktion, die ehemalige Pauluskirche in Tarsus wieder als Kirche an die Christen zurückzugeben. Aber da hat die Regierung alle Kritik, alle Forderungen sowohl von zivilgesellschaftlichen Akteuren als auch von der Europäischen Union ignoriert. Bis heute ist die Pauluskirche nur als Museum zugänglich, nicht als Kirche.

Das Interview führte Renardo Schlegelmilch

(dr)

Stand: 13. November 2026